

An:

**WAZ Gladbeck
Stadtspiegel Gladbeck
Radio Emscher Lippe
Gladbecker Zeitung**

17.12.2020

Pressemitteilung zur Ratssitzung vom 17.12.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

in einem „interfraktionellen Treffen“ am Montag wurden besprochen, den Rat in einer stark dezimierten Form tagen zu lassen. Es sollten somit maximal 26 + 1 (Bürgermeisterin) an dieser Sitzung teilnehmen. Wie in dem interfraktionellen Treffen bekannt wurde, wurde ein Großteil der anwesenden Fraktionsvorsitzenden bereits durch Telefonate über diese Pläne informiert. Dies ist bei uns jedoch nicht der Fall gewesen, sodass wir während des Treffens ohne Möglichkeit mit der Fraktion Rücksprache halten zu können zu einer Aussage gedrängt wurden. Sehr schnell zeichnete sich jedoch ab, dass die große Mehrheit der Fraktion der Alternative für Deutschland im Rat der Stadt Gladbeck diese Vereinbarung nicht mittragen kann und wird. Es ist nicht unser Demokratieverständnis, gewählte Ratsmitglieder in ihrem Stimmrecht zu beschneiden und/oder sie von Sitzungen auszuschließen. Auch die Coronapandemie ist hierfür kein Grund. Hier hätte eine konsequentere Lösung herbeigeführt werden müssen. Konsequent wäre es gewesen entweder in voller Stärke des Rates, da die Stadthalle unserer Ansicht nach ausreichend Raum hierfür bietet, auch unter Einhaltung bestehender Hygiene-Auflagen, oder gar nicht zu tagen. Wir hätten hierbei Letztes präferiert, auch um zu signalisieren, dass wir uns durchaus kritisch mit dem Virus auseinandersetzen und solidarisch mit den Mitbürgern zeigen, und ebenfalls Einschnitte hinnehmen. Es ist den Bürgern unserer Stadt unter keinen Umständen zu erklären, dass seit Mittwoch ein Großteil der Geschäfte schließen muss, somit Großteile unserer Wirtschaft an die Wand gefahren werden, eindringlich appelliert wird zuhause zu bleiben und seine Kontakte einzuschränken, dann aber die Hälfte des Rates der Stadt Gladbeck in der Stadthalle zusammen tritt, um Entscheidungen herbeizuführen, die in keinster Weise zeitkritisch sind und somit auch noch Anfang nächsten Jahres hätten getroffen werden können, wenn die Infektionszahlen in unserer Stadt evtl. gesunken sind.

Wir als AfD Fraktion im Rat der Stadt Gladbeck lehnen dieses Vorgehen entschieden ab und sind daher zu der heutigen Ratssitzung in voller Fraktionsstärke erschienen. Das uns durch Frau Bürgermeisterin Weist vorgeworfene unsolidarische Verhalten weisen wir entschieden von uns, bzw. verweisen auf den durch die Gladbecker Vereinbarung beschlossenen zukünftigen Umgang mit uns, der gleichermaßen als unsolidarisch und darüber hinaus die Demokratie verächtlich machend zu werten ist.

Mit freundlichen Grüßen

Marco Gräber
Fraktionsvorsitzender

Marcus Schützek
Stellv. Fraktionsvorsitzender/
Fraktionsgeschäftsführer